

Mehr als nur Gedenken – Gemeinsame Verantwortung in einer pluralen Gesellschaft und warum die Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann.

Redebeitrag zur Eröffnung des Landtages und zum Gedenken an die Terroropfer von Paris, 3.2.2015

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier, sehr geehrter Herr Dr. Paul, sehr geehrte Frau Generalkonsulin Lazlo, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste,

zunächst einmal vielen Dank für die Möglichkeit, heute vor Ihnen einige meiner Überlegungen vorstellen zu können, die von den Ereignissen und Diskussionen der letzten Wochen getragen sind und sich in länger andauernde Überlegungen einreihen.

Es sind Gedanken, die sich an konkreten Begebenheiten festmachen, die zunächst bei uns Betroffenheit und Sprachlosigkeit ausgelöst haben. Diesen Zustand jedoch gilt es, bei allem Verständnis für diese ersten Reaktionen, zu überwinden, will man den Blick vom unwiderruflich Geschehenen in die gestaltbare Zukunft lenken.

Die Morde von Paris und ihre unmittelbaren Folgen

Als Leiter des Instituts für Studien der Kultur und Religion des Islam der Goethe-Universität, des Instituts also, das die tragende Säule der sich im Aufbau befindlichen islamisch-theologischen Studien in Hessen ist, kann ich sagen, dass meine MitarbeiterInnen und ich von den Nachrichten aus Paris auf mehreren Ebenen getroffen wurden:

- als Menschen in unserem Menschsein,
- als Bürger in unserer Zugehörigkeit zu einer offenen Gesellschaft, deren Zukunft wir täglich mitgestalten,
- und als Muslime, da hier der Name einer Religion missbraucht wurde, die für uns und viele andere Menschen produktiver Inspirationsquell für den Aufbau und die Gestaltung eines gemeinsamen, auf Offenheit, Freiheit und Verantwortung für die Allgemeinheit fußenden Lebens in Deutschland ist.

Die Morde von Paris erfüllen uns mit Trauer, Wut und Empörung. Angehörigen und Freunden der Opfer möchten wir unser tiefstes Mitgefühl aussprechen.

Die Gewaltakte von Paris sind in mehrfacher Hinsicht Angriffe auf die Menschlichkeit, auf die Freiheit, auf die offenen und pluralen Gesellschaften Europas, in denen Millionen Menschen islamischen Glaubens ihren Platz gefunden haben. Sie sind auch Angriffe auf den Islam und seine Werte, auf die europäischen wie auch die weltweiten Gemeinschaften der Muslime. Die Attentäter von Paris schändeten durch ihre menschenfeindliche Gewalt die islamische Religion und sie arbeiteten gleichzeitig in die Hände derjenigen Islamgegner, die gegen die Präsenz von Muslimen in Europa mobilmachen.

Dass dasselbe geistige Gift einer religiös unterfütterten Menschenverachtung, das in Frankreich getötet hat, und das an denselben Tagen im Irak, in Syrien, in Nigeria und im Jemen Tausende von Menschen, die meisten von ihnen Muslime, tötete, zeigt eines ganz klar: Entmenschlichung richtet sich immer gegen alle Menschen, sie kennt kein Richtig und Falsch, macht vor niemandem halt, und wir alle müssen uns ihr entgegenstellen.

Die Ursachen des Terrors sind vielfältig und der Komplexität seiner Entstehungszusammenhänge lässt sich nicht allein mit theologischen oder allgemein religiösen Gegenpositionen begegnen. Gleichwohl kann eine innerislamische Auseinandersetzung den Gräueltaten den Nimbus der selbst-proklamierten Legitimität absprechen. Als Muslime und als Wissenschaftler, die sich täglich mit dem Aufbau und der Pflege einer wissenschaftlichen Erschließung der islamisch-religiösen Tradition in und für Deutschland beschäftigen, wissen wir, dass es mit einer bloßen Distanzierung von Gewalttaten und den sie legitimierenden Ideologien nicht getan ist.

Verantwortung zum Überwinden des Schockes

Die direkte Betroffenheit, die schnell in Distanzierungen ausgedrückt werden kann, hat etwas Paralysierendes, da sie gebannt auf das bereits Geschehene blickt. Doch ist es unsere Aufgabe, den Blick nach vorne zu richten, Zusammenhänge zu analysieren und damit unserer Verantwortung für die Gestaltung dieser Gesellschaft

nachzukommen, die unser aller Gesellschaft ist und die nicht nur die Mörder von Paris, sondern auch andere Kräfte zu gerne in ein „Wir“ und „die Anderen“ unterteilen wollen. Eine solche Unterteilung, die sich von der auch in unserem Grundgesetz ausgedrückten Universalität von Werten wie Menschenwürde und Religionsfreiheit löst, nimmt uns alle in Verantwortung, die wir Zukunft gestalten. In einer auf wechselseitigen Austausch angewiesenen Welt, in einem grenzfreien Europa, in einem offenen Deutschland tragen wir alle gemeinsam die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft.

Verantwortung übernehmen heißt aber, Fragen zu stellen und nach Antworten zu suchen, die uns helfen, die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Verantwortung für eine freie Gesellschaft als gemeinsame Aufgabe

Die freie Gesellschaft lebt, solange wie wir sie mit Leben füllen. Dies ist vielen Menschen klar geworden, die im Anschluss an die Ereignisse von Paris auf die Straßen gingen und sich dabei in einer Gemeinschaft mit Menschen aus anderen ethnischen oder religiösen Gruppen, anderen Parteien und mit anderen Weltanschauungen vereint fanden. Die Meinungs- und Religionsfreiheit steht nicht umsonst im Grundgesetz und ist Ausdruck der auf historischen Erfahrungen basierenden Erkenntnis, dass wir in vielen Fragen wohl nicht einer Meinung sein werden, dass diese Pluralität aber dem Wohl der ganzen Gesellschaft und damit auch uns selbst dient.

In der Vermittlung von Eindeutigkeit in einer ersichtlich komplexen Welt der Vieldeutigkeit liegt eine gewisse Attraktivität, die sich an den Rändern nicht nur der muslimischen Gemeinschaften manifestiert. Historische Erfahrungen nicht nur in Europa haben gezeigt, dass weniger Freiheit, die Beschneidung von Freiheiten und Grundrechten der Bürger also, desaströse Folgen haben ebenso wie Denkschemata, die eine Unterteilung in „Wir“ und „die Anderen“ produzieren. Freiheitsmangel hat sich nur allzu oft an dem jeweils vorhandenen bzw. konstruierten „Anderen“ entladen. Die Gesellschaftsentwürfe der Eindeutigkeit haben nie Segen gebracht.

Auch Muslime teilen diese Erfahrungen mit Regimen der Eindeutigkeit. Ob von Muslimen oder gegen Muslime errichtet, waren sie für viele auch ein Grund dafür, nach Deutschland zu kommen. Ein freiheitliches Europa mit demokratischen Gesellschaften und rechtsstaatlichen Ordnungen ist daher von existentieller Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft der muslimischen Bürger ebenso wie für alle anderen Bürger Europas. Ein solches Europa sollte daher ihr primäres gemeinsames Interesse sein. Hierfür gilt es, Verantwortung zu übernehmen.

Daher ist der Ausruf „Nicht in meinem Namen!“, den Muslime in ganz Europa bei Demonstrationen als eine erste Antwort auf den Versuch der Kaperung des Islams der Vielen durch Einzelne vor sich hertrugen, ein überaus wichtiges Statement. Die Demonstrationen und zahlreiche Stellungnahmen zeigen, dass sich Muslime mit anderen für die gemeinsamen Werte der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sowie für ein friedvolles, wertepurales, tolerantes Miteinanderleben in Deutschland und Europa einsetzen.

Doch das tun sie – leider häufig unbemerkt – bereits seit langem, im Alltag ebenso wie in ihrem sozialen und politischen Engagement, hierbei agieren sie als Bürger. Es gilt daher, die Wahrnehmungssensoren für diesen produktiven gesellschaftlichen Einsatz von Menschen, die neben vielem auch Muslime sind, in Deutschland und in Europa zu schärfen.

Weg von der Essentialisierung der Muslime

„Die Muslime“ gibt es dabei ebenso wenig als homogenen Block wie „die Deutschen“. Die Religion des Islams in seinen verschiedenen Varianten ist dabei nur ein Teil einer sehr viel mehr umfassenderen Identität dieser Menschen. Menschen, die auch Muslime sind, sie sind auch Eltern, Schülerinnen und Schüler, Studierende, sind Ärztinnen und Ärzte oder Busfahrerinnen und Busfahrer, arbeiten bei der Polizei oder den Kommunen, sind Arbeitskollegen, sind Nachbarinnen und sind Fans von Eintracht Frankfurt oder spielen in der Nationalmannschaft, engagieren sich innerhalb der Linken, der Grünen, der FDP, der SPD oder der CDU. Sie haben ihre Hoffnungen und Träume in Deutschland, weil sie hierhin gehören, weil sie Deutsche

sind, weil auch sie „das Volk“ sind, weil ihre Kinder hier geboren werden, weil sie hier begraben werden wollen.

Es scheint, dass insbesondere dort, wo es wenig Kontakte zu denjenigen Deutschen gibt, die auch Muslime sind, die Idee von „dem Muslim an sich“, vor dem das Abendland bangen muss, besonders attraktiv ist. Es gilt jedoch, das Leben und Engagement in dieser Gesellschaft als ein Statement für diese Gesellschaft, als ein Bekenntnis zu ihr, ernst zu nehmen. Die lautstark Pöbelnden dürfen weder die Deutungshoheit über den Islam bekommen, noch darüber, wofür Deutschland im In- und Ausland steht. Interessant ist, dass sich hier und dort ähnliche Argumente finden und suggeriert wird, man müsse sich entweder für den Islam oder für Deutschland und Europa entscheiden – ein ausgemachter Unsinn, da jeder Mensch verschiedene Zugehörigkeiten in sich trägt, die mal nebeneinander und mal miteinander bestehen.

Die lautstark Pöbelnden beider Lager wollen uns glauben machen, dass Menschen islamischen Glaubens auf einen unwandelbaren Islam zu reduzieren seien, dass sie durch eine einzige Lesart der Religion zu definieren seien, und nicht durch ihre Lebensumstände; sie sprechen von einem essentialistischen „Muslimsein an sich“. Gespeist werden diese Ansichten aus dem Glauben an die Existenz einer uniformen Schrifttradition, die wörtlich genommen für alle Zeiten in einer einzigen Interpretation feststeht.

Lassen Sie mich dies mit einem Beispiel aus eigener Erfahrung verdeutlichen: Auf ein Interview, in welchem ich jüngst den meiner Ansicht nach selbstverständlichen Satz sagte, „Ein weltoffener Islam ist möglich“, bekam ich diverse Emails von Fundamentalisten, die mir vorwarfen, den Koran nicht zu kennen; entsprechend wurde ich mit Koranversen und jahrhundertealten Schnipseln von Auslegungen des Korans bombardiert, die Grenzen meines Horizonts wurden durch Aussagen und Ereignisse determiniert, die fern meiner Heimat und fern meiner Zeit liegen.

Die Absender waren allesamt jedoch keine Muslime, sondern Menschen, die meinen, mit dem Verweis auf drei Koranstellen ein und für alle Mal den Koran und damit „die Muslime an sich“ endgültig verstanden zu haben. Der Muslim ist hiernach kein

soziales Wesen mit all seinen Komplexitäten und mit Wandlungspotential, sondern ein „homo islamicus“, -- derselbe, den auch randständige islamistische Gruppen entwerfen. Doch beide fundamentalistischen Lager liegen falsch und das wird jedem, der sich mit islamischer Religion und Geschichte beschäftigt, wie wir dies auch an der Universität Frankfurt tun, klar sein. Bibliotheken sind mit Auslegungen gefüllt und jede Zeit stellt neue Fragen an die Tradition – ebenso fallen die Antworten auf alte Fragen in neuen Zeiten unterschiedlich aus.

Muslimische Verantwortung als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung

Gerade als muslimische Forschende und Lehrende der Theologie, Geschichte und Sozialforschung an den Universitäten Hessens und darüber hinaus sind wir im Moment mehr als andere aufgefordert, menschenverachtende Argumentationen in den ideologisierten Deutungen und Lesarten der islamischen Religion als existent wahrzunehmen, die Ursachen und Formen ihrer Entstehung zu begreifen, die Bezüge auf die islamischen Lehren darin aufzudecken und vor allem islamische Antworten darauf zu geben. Auch müssen wir als Wissenschaftler den Blick vom Religiösen zum Sozialen und Politischen heben, denn nur in dieser Verbindung gewinnen Ideen Gestalt und Attraktivität. Gleichzeitig müssen wir auch vor den Gefahren einer gesellschaftlichen Polarisierung warnen, der sich Kräfte bedienen, die sich ein Feindbild Islam als einenden Orientierungspunkt schaffen, weil sie selbst nicht wissen, wo und wofür sie stehen.

Bürger muslimischen Glaubens, nicht nur in Deutschland und nicht nur theologisch arbeitende, müssen sich der Aufgabe stellen, sich stärker mit den ideologisierten und Gewalt legitimierenden Erscheinungsformen des Islams auseinanderzusetzen. Aus einer freien Gesellschaft heraus sollten sie sich hörbarer in die Debatten um Freiheit und die Rechte Anderer einbringen. Freiheit, und das geht manchmal in der Debatte in Deutschland insgesamt verloren, zeigt sich dort, wo eigene Argumente und Überzeugungen in Austausch treten mit solchen, die im Widerspruch zu den eigenen Überzeugungen stehen. Der Islam hat auch in dieser Hinsicht eine reiche historische

Tradition zu bieten, der sich die Muslime insgesamt bewusst werden sollten und die sie im Jetzt und Hier weiterentwickeln müssen.

Gleichzeitig muss uns allen klar sein, dass Religion weder Probleme alleine löst, noch diese alleine schafft. Radikalisierung, und das zeigen die Studien in Hessen, ist meistens gekoppelt an Marginalisierung. Ein Schulabschluss, eine Lehrstelle, ein Beruf, Anerkennung und Teilhabe sind die wichtigsten Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung. Anerkennung und Teilhabe sind dabei wechselseitig. Wer sich selbst einbringen will, muss auch die Möglichkeit dazu bekommen. Man kann sich nicht zu einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft oder einem Staat zugehörig fühlen, wenn man nicht als dazugehörig anerkannt wird und das Gefühl der Zugehörigkeit auch vermittelt bekommt. Wenn die eigene Religion im Geschichtsunterricht nur im Kontext von außereuropäischer und damit „fremder“ Geschichte auftaucht und nicht Teil einer normalen deutschen schulischen Welt ist; wenn Migrantinnen und Migranten der dritten und vierten Generation, deren Heimat Hessen ist und deren Pass deutsch, als „fremd“ wahrgenommen und dargestellt werden, wie sollen sie dann Zugehörigkeit dort empfinden, wo sie diese nicht erfahren? Wenn deutsche AbiturientInnen mit einem vermeintlich nicht deutschen Namen aufgrund dieser Tatsache in Bewerbungsverfahren nach hinten rutschen; wenn eine persönliche religiöse Präferenz wie das Kopftuch aus hoch motivierten Universtitätsabsolventinnen, die sich für diese Gesellschaft z.B. an den Schulen einbringen wollen, unhinterfragt Menschen macht, die nicht für diese Gesellschaft stehen können, dann liegt hierin eine Gefahr. Wenn nun dieselben Studentinnen und Absolventinnen mit Kopftuch für diesen Staat an den Schulen an denen sie nicht Lehrer sein dürfen in Initiativen Präventions- und Aufklärungsarbeit gegen Radikalisierung und für Toleranz und Vielfalt in Deutschland machen sollen und es auch zu unser aller Wohl machen, dann liegt hierin eine Paradoxie.

Hin zum Gemeinsamen

Ächtung und Bekämpfung von jeder Art von Extremismus und Fanatismus sind eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die nicht dadurch bewältigt werden kann, dass man auf vermeintliche Defizite des Anderen verweist. In der aktuellen Krise hat

sich gezeigt, dass hierüber ein Konsens besteht, diesen gilt es selbstverständlich nach außen sichtbar zu machen.

Hessen ist nicht nur ein Land in der Mitte Deutschlands und Europas, das seit Jahrhunderten immer wieder erneut Heimat von Menschen verschiedener Herkunft geworden ist, die es gemeinsam gestaltet. Derzeit liegt in Hessen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei etwa einem Viertel, in der jüngeren Generation weit höher, die Mehrzahl hiervon sind Deutsche, viele muslimischen Glaubens. Unterteilungen in „sie“ und „wir“ sind vor diesem Hintergrund nicht in die Zukunft gerichtet. Diese lässt sich nämlich nur gemeinsam, als ein großgeschriebenes „Wir“, gestalten.

Insbesondere in Bezug auf die Geschichte des Islams in Deutschland hat Hessen einiges vorzuweisen. Nicht nur ist es Heimat vieler Vereine und Organisationen; in Hessen gibt es einen sich im Ausbau befindlichen staatlich finanzierten islamischen Religionsunterricht, in Gießen werden Grundschullehrer ausgebildet, in Frankfurt demnächst Lehrer für die weiterführenden Schulen. Die beiden anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften Hessens, die DITIB Hessen und die Ahmadiyya Muslim Jamaat sitzen an den Tischen, an denen u.a. die Lehrpläne für einen islamischen Religionsunterricht auf Deutsch konzipiert werden. Sie und andere Vereine, Verbände und Initiativen stehen dem Land und seinen Institutionen in verschiedenen Gremien zur Verfügung, sind aktiv in die Gestaltung der Zukunft eingebunden und werden hier auch in die Pflicht genommen. Sie sind damit ein selbstverständlicher und verantwortungstragender Teil Hessens.

Ein großer Schritt war die Integration des Islams auch in die universitäre Landschaft Hessens. Das Land kann stolz darauf sein, seit 2011 ein Zentrum für Islamisch-theologische Studien an den Universitäten Frankfurt und Gießen zu haben, das sich innerhalb kürzester Zeit zu einem wissenschaftlichen Standort von deutschlandweiter und internationaler Bedeutung entwickelt hat. Hier werden islamische Wissensbestände in einem und für einen deutschen Kontext wissenschaftlich erforscht und weiterentwickelt, für das Land aus dem unsere über 400 Studierenden kommen, Deutschland. Ich lade die Landtagsmitglieder hiermit

ein, sich von unserer Arbeit und von den Studierenden persönlich vor Ort ein Bild zu machen.

Die Studierenden werden hier mit den Kompetenzen ausgestattet, sich islamische Wissensbestände anzueignen, diese zu durchdenken und Verantwortung für ihre Gesellschaft zu übernehmen. Letzteres tun sie nicht nur in freiwilliger ehrenamtlicher Arbeit, sondern auch durch die Partizipation an den Angeboten des Instituts, die sich im Aufbau befinden, so etwa ein durch Bund und Land gefördertes Projekt „Die Zukunft miteinander gestalten: Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt!“. Das Interesse hierfür und z.B. für die Felder „Islam und soziale Arbeit“ und „Islam und Jugendarbeit“ ist riesig und, die Studierenden warten auf ihre Chance zur Bewährung in dieser Gesellschaft.

Lassen Sie mich zum Ende meines Redebeitrags noch einmal zum Ausgangspunkt zurückkehren. Die letzten Wochen haben neben einer unmittelbaren Betroffenheit auch Prozesse des Nachdenkens angestoßen, die ich Ihnen vorgestellt habe. Diese Überlegungen haben zu einem Weiterdenken über das Gemeinsame geführt, das in der Normalität des Alltags aus dem Blick gerät. Muslime müssen selbst Verantwortung dafür übernehmen, sich die Deutungshoheit über den Islam nicht von denjenigen aus der Hand nehmen zu lassen, welche die Religion zur Rechtfertigung von Intoleranz und Gewalt missbrauchen. Dies kann aber nur in einer Gesellschaft gelingen, die selbst ihre Werte wie Offenheit und Toleranz nicht nur predigt, sondern lebt und die sich bewusst ist, dass wir hier alle nicht nur gemeinsam leben, sondern auch täglich neu unsere gemeinsame Zukunft gestalten.